Zeitschrift: Wohnen

Herausgeber: Wohnbaugenossenschaften Schweiz; Verband der gemeinnützigen Wohnbauträger

Band: 90 (2015)

Heft: [2]: Wohnen & Flüchtlinge

Artikel: Beziehung mit Hindernissen

Autor: Papazoglou, Liza

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-594274

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 20.08.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

WOHNBAUGENOSSENSCHAFTEN UND FLÜCHTLINGE

Beziehung mit Hindernissen

TEXT: **LIZA PAPAZOGLOU**

Solidarität und soziale Durchmischung sind für die meisten Wohnbaugenossenschaften wichtige Werte. Dass davon auch Flüchtlinge profitieren können, zeigen beherzte Beispiele. Sie sind allerdings rar und sollten vermehrt Schule machen.

Foto: Stiftung Domicil

Flüchtlinge haben es oft schwer, bei Genossenschaften unterzukommen. Dank der Stiftung Domicil fand die Familie H. aus Somalia 2012 in der Siedlung Heizenholz der Zürcher Genossenschaft Kraftwerk1 ein neues Heim.

Helfen, weil grosse Not herrscht – das wollen ganz pragmatisch die Bewohner einer Zürcher Genossenschaft. Angeregt von einer Feier zu Ehren des Schul- und Sozialreformers Heinrich Pestalozzi, beschliessen sie kurzerhand, Waisen und Halbwaisen aus einer zerbombten und kriegsversehrten Stadt zu einem Erholungsurlaub einzuladen. Schnell melden sich 120 Familien, die bereit sind, ein Kind für drei Monate bei sich zuhause aufzunehmen. Dies notabene in einem Quartier, wo in kleinen Reihenhäuschen viele nicht eben auf Rosen gebettete Arbeiterfamilien wohnen, die in vielen Fällen bereits selber vier Kinder zu ernähren haben.

Beachtliche Solidaritätswelle

Schliesslich verbringen 23 Mädchen und 65 Buben bei temporären Pflegeeltern einen Sommer, in dem sie eine sichere Unterkunft und genug zu essen haben, spielen können, an Festen teilnehmen, wieder lachen lernen. Dank Spenden von Genossenschaftern werden sie mit Schuhen und Wäsche ausstaffiert, Freiwillige leihen Kinderbetten und Matratzen aus, stricken Socken, schneidern Kleider, organisieren Ausflüge. Die Stadt stellt ausserdem Schulzimmer, Lehrer und ärztliche Betreuung zur Verfügung. Nach dem Aufenthalt bleiben viele der Kinder mit ihren Gasteltern noch über Jahrzehnte in Kontakt.

Gross angelegt und vielbeachtet war die Aktion «Hilfe für Wien» der Familienheim-Genossenschaft Zürich (FGZ) von 1946. Die Not der Nachkriegszeit löste diese Solidaritätswelle aus, beflügelte die FGZ zu dieser ausserordentlichen Leistung und ihre Bewohner zu viel persönlichem Engagement.

Schwierige Grundsatzfragen

Solche eindrücklichen Solidaritätsaktionen sind das eine. Etwas anderes ist es, wenn es ums Grundsätzliche geht. Wenn bedürftige Menschen nicht eingeladen werden, sondern einfach kommen – ungebeten und zahlreich, legal oder illegal, aus ganz verschiedenen und teils sehr fernen Gegenden der Welt. Wenn man sich als Genossenschaft der Frage stellen muss, ob man auch Wohnraum für Leute bietet, die aus ihrer Heimat fliehen mussten und hier versuchen, eine neue Existenz aufzubauen – mit rechtlich teils unsicherem Status, manchmal ohne Arbeit und auf staatliche Unterstützung angewiesen. Wenn die genossenschaftlichen Grundwerte Solidarität, soziale Durchmischung und Nichtausgrenzung der Schwachen, die in der Charta der gemeinnützigen Wohnbauträger verankert sind, plötzlich vor einem veritablen Härtetest stehen.

Einzelfälle statt Strategie

Dabei geht es nicht um Einzelfälle. Die gibt es durchaus, und immer wieder. So stiessen etwa die Ungarn, die nach dem gescheiterten Volksaufstand und dem Einmarsch der Sowjetarmee 1956/57 flohen, in der Schweiz auf viel Sympathie. Dokumentiert sind einige Fälle, in denen Genossenschaften Familien aufnahmen und mit grosszügigen Spenden in Form von Geld, Möbeln, Hausgeräten, Geschirr, Bettwäsche, Kleidern und Lebensmitteln unterstützten. Auch in neuerer Zeit lassen sich immer wieder individuelle Beispiele finden, wo Flüchtlingsfamilien, manchmal auch eher zufällig, bei einer Genossenschaft unterkommen.

Was hingegen bei den meisten Genossenschaften fehlt, ist eine Strategie, wie sie mit Flüchtlingen umgehen, oder ein Bekenntnis, dass diese willkommen sind. Und dies, obwohl das Thema seit Monaten traurige Aktualität geniesst. Kriege, Terror und Verfolgung, Bootsflüchtlinge und überforderte Aufnahmestaaten machen regelmässig Schlagzeilen. Noch nie seit dem Zweiten Weltkrieg gab es so viele Menschen auf der Flucht. Das macht sich auch in der Schweiz bemerkbar, wo seit einigen Monaten die Zahl der Asylanträge deutlich steigt (siehe Kasten Seite 7). Bei Genossenschaften hat das bis jetzt erstaunlich wenig Widerhall ausgelöst – Solidaritätsbekundungen, Hilfsaktionen oder gar Anpassungen der strengen Vermietungspraxis sucht man vergebens.

«Genossenschaften müssen ihren gesellschaftlichen Auftrag ernst nehmen.»

Kaum Chancen für Leute im Asylverfahren

Auch Zahlen fehlen weitgehend. Von rund einem Dutzend angefragten Genossenschaften erhebt zwar die Mehrheit den Anteil von Bewohnern mit Schweizer beziehungsweise ausländischem Pass. Ob oder wie viele Flüchtlingsfamilien bei ihnen wohnen, wissen sie aber meist nicht. Das hat zwei Gründe: Genossenschaften vermieten Wohnungen in der Regel ausschliesslich an Personen, die mindestens eine B-Niederlassung besitzen, was bei Flüchtlingen einen positiven Asylentscheid voraussetzt. Diese fallen dann statistisch unter die übrigen Ausländer. Oder aber die Vergabe erfolgt über eine Drittorganisation, die Wohnungen an Menschen vermittelt, die es schwer haben auf dem Wohnungsmarkt; bei diesen Mietverhältnissen kennen die Genossenschaften den Aufenthaltsstatus der Bewohner meist nicht.

Auch wenn also der Anteil von Flüchtlingen in Genossenschaften nicht bezifferbar ist: Die verfügbaren Informationen lassen den Schluss zu, dass er gering ist. Und sich häufig auf Menschen beschränkt, die bereits einigermassen integriert sind, eine Arbeit und gewisse Deutschkenntnisse haben. In die Schweiz geflüchtete Menschen hingegen, die noch im Asylverfahren stehen oder nur vorläufig aufgenommen sind, haben kaum Chancen, bei einer Genossenschaft unterzukommen. Doch ist das überhaupt deren Aufgabe?

Es braucht mehr Mut

«Selbstverständlich!» Diese dezidierte Meinung vertritt die junge Genossenschaft Kalkbreite in Zürich. Geschäftsleitungsmitglied Sabine Wolf und Doro Sacchi von der Vermietungskommission sagen es klipp und klar: «Wir kontrollieren den Aufenthaltsstatus eines Menschen nicht, der interessiert uns nicht. Bei uns kommen grundsätzlich alle als Mieter in Frage, die zu einem Stichdatum Genossenschafter waren.» Bei der Vermietung hält sich die Kalkbreite an die Grund-

Foto: Ursula Markus

Auch eine Realität: So können Wohnungen aussehen, wenn Flüchtlinge auf sich selbst gestellt eine Unterkunft beschaffen müssen. Hier und heute, in der Schweiz.

sätze der sozialen Durchmischung, die in einem Reglement klar festgehalten sind und sich am Quartier- sowie am Schweizer Durchschnitt orientieren. Neben der Nationalität spielen dabei auch Faktoren wie Einkommen, Alter oder Ausbildung eine Rolle.

Die Kalkbreite bekennt sich dazu, auch Leuten die Türe zu öffnen, die sonst nicht in Genossenschaften kommen. Sabine Wolf: «Genossenschaften müssen ihren gesellschaftlichen Auftrag ernst nehmen. Dazu gehört, sich mit drängenden Fragestellungen auseinanderzusetzen und eine Haltung dazu zu entwickeln.» Dass Flüchtlinge in die Schweiz kommen und es besonders schwer haben, günstigen Wohnraum zu finden, ist eine Tatsache. Der müsse man sich stellen.

Dabei seien Offenheit, pragmatisches Vorgehen – etwa bei Leuten mit wenig Geld für Anteilscheine – und Mut gefragt. Bis jetzt habe man so noch meistens eine gute Lösung gefunden. Die Genossenschaft ist denn auch gut vernetzt mit Menschen und Organisationen, die sich des Themas annehmen. Sie vermietet Räume an die Sans-Papiers-Anlaufstelle Zürich (SPAZ). Zudem bietet sie der Asylorganisation Zürich (AOZ) freiwillig Raum für Notwohnungen in ihrem geplanten zweiten Neubau an der Zollstrasse an und arbeitet mit der Stiftung Domicil zusammen.

Der Weg über Institutionen

So offensiv wie die Kalkbreite gehen nur wenige Genossenschaften ans Thema heran. Immerhin gibt es einige, die klare Vorgaben zur Durchmischung der Bewohnerschaft machen oder einen bestimmten Anteil an Wohnungen sozialen Organisationen zur Verfügung stellen – beim Vorzeigeprojekt mehr als wohnen in Zürich etwa sind es zehn Prozent, bei der Allgemeinen Baugenossenschaft Zürich (ABZ) drei, bei der FGZ eines. Dabei werden verschiedene Zielgruppen berücksichtigt, neben Menschen mit Migrationshintergrund zum Beispiel Behinderte, Betagte, Jugendliche oder Personen, die über städtische Ämter platziert werden.

Eine der Institutionen, die Flüchtlingen den schwierigen Weg in eine Genossenschaft ebnet, ist die Stiftung Domicil in Zürich. Wie bei den ähnlich funktionierenden IG Wohnen in Basel oder Casanostra in Biel steht ihr Vermittlungsangebot grundsätzlich allen Menschen offen, die es schwer auf dem Wohnungsmarkt haben. Ganz auf Flüchtlinge spezialisiert ist einzig die Fachstelle Wohnen Bern (siehe Seite 11). Bei der Stiftung Domicil haben gemäss Geschäftsleiterin Annalis Dürr neunzig Prozent der Leute, die bei ihr anklopfen, einen Migrationshintergrund.

Durchzogene Bilanz

Die Stiftung vermittelte letztes Jahr insgesamt 105 Wohnungen, rund dreissig davon von Genossenschaften – so viele wie nie zuvor. Zu den fünfzig Genossenschaften, mit denen Domicil in zwanzig Jahren zusammengearbeitet hat, gehören traditionelle und neue, grosse und kleine, die zwischen einer und hundert Wohnungen zur Verfügung gestellt haben. Erfreulich ist, dass jüngere wie Kraftwerk1, Kalkbreite oder mehr als wohnen bereits bei der Planung von Neubauten von sich aus auf Domicil zugekommen sind. Jedes Jahr sind es mehr, es gibt aber auch Genossenschaften mit riesigem Wohnungsportfolio, die ganz verzichten. Da gebe es schon noch Luft nach oben, meint Annalis Dürr. Eine Erfahrung, die sie mit der IG Wohnen in Basel teilt. Diese zählt zwar auch Genossenschaften zu ihren Partnern – deren Zahl lässt sich aber an einer Hand abzählen. Es sei wirklich «ganz, ganz schwierig», Zugang zu ihnen zu erhalten, sagt Anne Plattner von der Geschäftsstelle.

«In Einzelfällen wird geholfen. Was fehlt, ist eine Strategie.»

Dort, wo eine Zusammenarbeit besteht, sind die Erfahrungen in Zürich aber auf beiden Seiten positiv. Domicil übernimmt die Solidarhaftung für die Mietverträge, womit die Vermieter vor finanziellen Risiken durch Ausfälle geschützt sind. Sie schlägt auch die Mietparteien vor. Dabei, so die Geschäftsleiterin, frage man aber immer, was bei einer Platzierung gehe und was nicht – schliesslich sollen die Mieter in ihrem Umfeld akzeptiert werden, was je nach Herkunft, Familiensituation oder Hautfarbe nicht immer der Fall sei.

Erfolgsmodell Betreuung

Vor allem aber betreut und begleitet Domicil seine Mieterinnen und Mieter intensiv: Es unterstützt sie bei der Integration, erklärt, wie eine Genossenschaft funktioniert und was von den Bewohnenden erwartet wird. Annalis Dürr weist darauf hin, dass viele Flüchtlinge aus Kulturkreisen kommen, wo die Gemeinschaft und nicht das Individuum im Vordergrund steht. Sie seien deshalb prädestiniert für Genossenschaften, müssten das System aber verstehen und aktiv einbezogen werden. Bei Bedarf führt Domicil auch Wohntrainings durch, etwa zum Gebrauch von Geräten oder der Hausordnung. Auch bei Konflikten vor Ort ist die Stiftung Anlaufs- und Vermittlungsstelle. Das wird von den Verwaltungen sehr geschätzt. Annalis Dürr: «Für die Genossenschaften dürfte die Begleitung durch uns der wichtigste Teil am Ganzen sein.»

Das bestätigen die Genossenschaften. Auch die ABZ, die am meisten Wohnungen an Domicil vermietet. «Wir machen sehr gute Erfahrungen mit diesem Modell», sagt Martina Ulmann, die in der ABZ-Geschäfts-

«Wer noch im Asylverfahren steht, kommt kaum bei einer Genossenschaft unter.»

leitung für Mitglieder und Wohnen zuständig ist. Dank der guten Begleitung funktionierten solche Mietverhältnisse einwandfrei. Bei positivem Verlauf werden sie denn auch in reguläre umgewandelt und die Mieter zu Genossenschaftern. Auch Rita Feurer, die Geschäftsführerin der Baugenossenschaft Süd-Ost Zürich, schätzt das professionelle Begleitangebot. «Wir selber hätten weder Ressourcen noch Kompetenzen für eine intensive Betreuung.» Es sei für die Genossenschaft hilfreich, wenn eine klare Ansprechperson da ist, die die Verantwortung übernimmt. Auch sie hat nur positive Erfahrungen gemacht. Eine gute Betreuung könne zudem die Akzeptanz bei anderen Mietern verbessern.

Tabuzone

Die Akzeptanzproblematik erklärt mindestens teilweise die Zurückhaltung von Genossenschaften gegenüber Flüchtlingen. Denn bisweilen sind Vorstände und Verwaltungen durchaus offen – nur spielen die Mieter nicht mit. Ein heikles Thema, geprägt von Ängsten und Vorurteilen. Rita Feurer bringt es so auf den Punkt: «Wir haben Liegenschaften mit 50 Wohnungen und 13 Nationen, wo das Zusammenleben ohne grössere Probleme funktioniert. In anderen Siedlungen, wo vorwiegend Schweizer leben, gab es einen Riesenaufruhr und heftigste Vorwürfe, als die erste Frau mit Kopftuch einzog.» Bei der Platzierung schaue sie daher sehr sorgfältig auf die bestehende Umgebung und die richtige Zusammensetzung und biete Domicil in kleinen Liegenschaften nicht mehr als eine Wohnung an.

Deshalb findet Rita Feurer Quoten nicht sinnvoll. Man müsse fallweise entscheiden können und angesichts der sehr unterschiedlichen Siedlungen schauen, was jeweils passe. «Da kann man nur mit einer ganz pragmatischen Handhabung weiterkommen. Macht man zu stark Druck, ist das kontraproduktiv». Sie setzt lieber auf behutsames Vorgehen und Massnahmen, die das gegenseitige Kennenlernen und Vernetzen ganz allgemein unterstützen, wie Zuzügerapéros oder Aktivitäten für Kinder. Durch direkten Kontakt würden gegenseitige Vorurteile am einfachsten abgebaut.

Es wäre mehr möglich

Dabei gibt es durchaus beherzte Lösungen mit hohem Verbindlichkeitsgrad, wie ein Blick nach Deutschland zeigt. So hat die Wankendorfer Baugenossenschaft für Schleswig-Holstein, die in mehreren Orten über 8000 Wohnungen besitzt, 2014 den Gemeinden angeboten, jede zehnte freiwerdende Wohnung für Flüchtlinge zur Verfügung zu stellen. Dazu wurde mit dem regionalen Städteverband ein Mustervertrag erarbeitet, der den speziellen rechtlichen Anforderungen Rechnung trägt. Bereits hat die Wankendorfer mehr als 200 Wohnungen an Asylbewerberfamilien und -wohngemeinschaften vergeben. Die Erfahrungen sind überwiegend positiv. Wesentlich dazu bei trägt neben einer sorgfältigen Auswahl der Nachbarschaft auch das Selbstverständnis der Genossenschaft: Sie spricht Flüchtlinge explizit an und bekennt sich zu einer Willkommenskultur.

Auch hierzulande könnten Genossenschaften mehr tun, findet Urs Hauser, Direktor des Verbands Wohnbaugenossenschaften Schweiz: «Mittlere Genossenschaften können es verkraften, einen gewissen Anteil an Flüchtlingen aufzunehmen. Wenn der Bedarf da ist, sollten sie dies auch tun.» Dafür brauche es aber professionelle Verwaltungen, die die besonderen rechtlichen und sozialen Anforderungen bewältigen könnten, einen entsprechenden Liegenschaftenbestand und eine externe Begleitung. Noch besser genutzt werden könnten zudem Abbruchliegenschaften, die auch Flüchtlingen mit unsicherem Status Unterkunft bieten. Einige Genossenschaften machen dies bereits.

Vielleicht findet er ja Gehör. Mehrere der befragten Genossenschaften jedenfalls zeigen sich offen gegenüber Appellen durch Gemeinden oder Organisationen und wären bereit, an entsprechenden Aktionen teilzunehmen. Denn, so Rita Feurer: «Wir haben eine soziale Verpflichtung. Wir wohnen in einem Land mit einer traditionell offenen Haltung gegenüber Flüchtlingen. Wir sollten ihnen eine Chance geben, hier Fuss zu fassen.»

Flüchtlinge in Zahlen

- Derzeit liegt die Zahl der Flüchtlinge, Asylsuchenden und Binnenvertriebenen weltweit bei nahezu 60 Millionen; 2013 war die 50-Millionen-Marke erstmals seit dem Zweiten Weltkrieg überschritten worden.
- 23765 Personen haben 2014 in der Schweiz ein Asylgesuch gestellt, etwa zehn Prozent mehr als im Vorjahr. Die wichtigsten Herkunftsländer waren Eritrea, Syrien, Sri Lanka, Nigeria, Somalia, Afghanistan, Tunesien, Marokko, Georgien und Kosovo.
- Seit Ausbruch des Krieges in Syrien im März 2011 hat die Schweiz bis Ende 2014 7700 Asylgesuche von syrischen Staatsangehörigen entgegengenommen. 95 Prozent der syrischen Flüchtlinge finden in den Nachbarländern Zuflucht; 1,6 Million sollen es in der Türkei sein, 1,2 Millionen im Libanon – das entspricht fast einem Viertel der Gesamtbevölkerung.
- Das Staatssekretariat für Migration hat 2014 6199 Asylgesuche gutgeheissen. Die Anerkennungsquote beträgt damit 25,6 Prozent.
- 9367 Personen wurden 2014 in der Schweiz vorläufig aufgenommen, 2287 Personen erhielten dank der Härtefallregelung eine Aufenthaltsbewilligung.
- Ende Dezember 2014 lebten in der Schweiz 34724 anerkannte Flüchtlinge mit Ausweis B oder C, was 0,4 Prozent der gesamten Wohnbevölkerung entspricht. Rechnet man alle Personen hinzu, die sich noch im Asylverfahren befinden oder die mit vorläufiger Aufnahme beziehungsweise negativem Asylentscheid hier leben, waren insgesamt 88501 Personen dem Asylbereich zuzurechnen. Dies macht rund ein Prozent der Wohnbevölkerung aus.
- In der ersten Jahreshälfte 2015 gelangten 137000 Flüchtlinge übers Mittelmeer nach Europa – 83 Prozent mehr als im gleichen Vorjahreszeitraum. Über 1800 Menschen ertranken.
- Für 2015 rechnet man mit 27000 bis 31000 Asylanträgen in der Schweiz; seit Mai sind die Gesuchszahlen überdurchschnittlich hoch, was zu Engpässen bei den Asylstrukturen führte.

Quellen: Staatssekretariat für Migration, UNHCR